

## **Antrag**

**der Abg. Andreas Deuschle u. a. CDU**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Integration**

### **Gespräche mit vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppierungen**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. ob, inwiefern und warum das Ministerium für Integration oder die Integrationsministerin Gespräche mit Vertretern von Verbänden oder anderen Personenzusammenschlüssen geführt hat oder zu führen beabsichtigt, die vom Landesamt für Verfassungsschutz oder anderen Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden;
2. falls Gespräche geführt wurden oder beabsichtigt sind: auf welcher Ebene das Ministerium für Integration diese Gespräche führt, mit welchen Verbänden und anderen Personenzusammenschlüssen die Gespräche geführt werden und ob hierbei Vertreter der Sicherheitsbehörden beigezogen werden;
3. falls Gespräche geführt wurden oder beabsichtigt sind: welche Ziele das Ministerium für Integration konkret mit diesen Gesprächen verfolgt oder verfolgt hat;
4. falls Gespräche geführt wurden: welche konkreten Ergebnisse sich hieraus ergeben haben und welche Aussagen gegebenenfalls gegenüber den Gesprächspartnern gemacht wurden;
5. falls Gespräche geführt wurden oder beabsichtigt sind: ob sie nicht die Gefahr sieht, den vom Ministerium für Integration ins Leben gerufenen „Runden Tisch Islam“ faktisch zu entwerten, indem Auffassungen, welche am „Runden Tisch Islam“ nach dessen Konzeption nicht vertreten sind, gleichwohl an herausgehobener Stelle gegenüber dem Ministerium artikuliert werden, ohne zugleich einem Diskussionsprozess am „Runden Tisch Islam“ zu unterliegen.

12.07.2012

Deuschle, Dr. Lasotta, Paal, Schütz, Teufel CDU

Eingegangen: 13.07.2012 / Ausgegeben: 05.09.2012

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

### Begründung

Nach einem Bericht auf der Internetpräsenz des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV), Landesverband Baden-Württemberg e. V. (djv-bw.de), der dort am 13. Juni 2012 abrufbar war, hat Integrationsministerin Öney Anfang Mai bei einer Veranstaltung des DJV erklärt, sie wolle das persönliche Gespräch mit extremen Vertretern des Islam suchen, um zu vermeiden, dass diese in Parallelgesellschaften abdrifteten. Muslimische Verbände, die vom Verfassungsschutz beobachtet würden, seien zwar vom „Runden Tisch Islam“ ausgeschlossen, nicht aber von persönlichen Gesprächen. Konkret heißt es in dem Bericht:

„Auch mit extremen Vertretern des Islam will sie [Ministerin Öney] das Gespräch suchen, denn wenn niemand mit ihnen rede, drifteten sie in eine Parallelwelt ab. Verbände, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, blieben zwar vom Runden Tisch ausgeschlossen, nicht aber von persönlichen Gesprächen.“

Mit dem vorliegenden Antrag soll erfragt werden, inwiefern derartige Gespräche bereits stattgefunden haben oder noch stattfinden sollen. Außerdem sollen die näheren Umstände der Gespräche sowie die Inhalte und Ergebnisse erfragt werden.

Im Hinblick darauf, dass hier eine staatliche Behörde sachbezogene Gespräche mit vom Verfassungsschutz beobachteten Organisationen führen möchte oder dies bereits tut, besteht ein besonderes Interesse der Öffentlichkeit an einer transparenten Darstellung der Ergebnisse und auch der kritischen Inhalte dieser Gespräche.

### Stellungnahme\*)

Mit Schreiben vom 21. August 2012 Nr. 3-0141.5/15/2086 nimmt das Ministerium für Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

- 1. ob, inwiefern und warum das Ministerium für Integration oder die Integrationsministerin Gespräche mit Vertretern von Verbänden oder anderen Personenzusammenschlüssen geführt hat oder zu führen beabsichtigt, die vom Landesamt für Verfassungsschutz oder anderen Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden;*
- 2. falls Gespräche geführt wurden oder beabsichtigt sind: auf welcher Ebene das Ministerium für Integration diese Gespräche führt, mit welchen Verbänden und anderen Personenzusammenschlüssen die Gespräche geführt werden und ob hierbei Vertreter der Sicherheitsbehörden beigezogen werden;*
- 3. falls Gespräche geführt wurden oder beabsichtigt sind: welche Ziele das Ministerium für Integration konkret mit diesen Gesprächen verfolgt oder verfolgt hat;*
- 4. falls Gespräche geführt wurden: welche konkreten Ergebnisse sich hieraus ergeben haben und welche Aussagen gegebenenfalls gegenüber den Gesprächspartnern gemacht wurden;*

---

\*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

*5. falls Gespräche geführt wurden oder beabsichtigt sind: ob sie nicht die Gefahr sieht, den vom Ministerium für Integration ins Leben gerufenen „Runden Tisch Islam“ faktisch zu entwerten, indem Auffassungen, welche am „Runden Tisch Islam“ nach dessen Konzeption nicht vertreten sind, gleichwohl an herausgehobener Stelle gegenüber dem Ministerium artikuliert werden, ohne zugleich einem Diskussionsprozess am „Runden Tisch Islam“ zu unterliegen.*

Weder das Ministerium für Integration noch die Ministerin für Integration haben wissentlich mit Vertretern von Verbänden oder anderen Personenzusammenschlüssen Gespräche geführt, die vom Landesamt für Verfassungsschutz oder anderen Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden. Solche Gespräche sind derzeit auch nicht konkret geplant.

Dessen ungeachtet besteht die geäußerte Absicht der Ministerin fort, anlassbezogen Gespräche mit extremen Vertretern des Islam zu führen. Abhängig von der thematischen Relevanz wird dabei auch darüber zu entscheiden sein, ob und gegebenenfalls welche Sicherheitsbehörden zu den Gesprächen beigezogen werden. Solche Gespräche können einen Beitrag dazu leisten, dass extreme Vertreter des Islam nicht in eine Parallelwelt abdriften, soweit dies im Einzelfall noch abwendbar und eine Einflussnahme möglich ist. Diese Arbeit ist Bestandteil der Extremismusbekämpfung, der die Landesregierung einen hohen Stellenwert beimisst.

Eine Zusammenarbeit mit Gruppierungen, die unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen, findet nicht statt (siehe schon Stellungnahme des Ministeriums für Integration zu Nr. 3 und 4 des Antrags der Abg. Andreas Glück u. a. FDP/DVP „Bedeutung der Aleviten für den ‚Runden Tisch Islam‘ und die Integration“, Drs. 15/1874). Diese Gruppierungen bleiben auch vom Runden Tisch Islam ausgeschlossen. Eine faktische Entwertung des Runden Tisches Islam kann die Landesregierung hierin und in möglichen Gesprächen außerhalb des Runden Tisches Islam nicht erblicken; vielmehr dient der Ausschluss dieser Gruppierungen der Arbeitsfähigkeit der Dialogrunde, in der mit Muslimen konkrete politische Fragestellungen und Herausforderungen besprochen werden. Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass aus Gesprächen gewonnene Erkenntnisse in die Beratungen des Runden Tisches Islam einfließen werden.

Öney

Ministerin für Integration